



augenauf Bern

Quartiergasse 17
3013 Bern
bern@augenauf.ch

Medienmitteilung von augenauf Bern vom 30. Januar 2008

Stellungnahme zu den Polizeieinsätzen vom 19. und 26. Januar 2008

Die Menschenrechtsgruppe augenauf Bern hat in den vergangenen Tagen zahlreiche Berichte von Betroffenen und Augenzeugen zu den Polizeieinsätzen anlässlich der Anti-WEF-Demonstrationen vom 19. und 26. Januar 2008 gesammelt und ausgewertet. Aufgrund dieser Berichte hat augenauf Bern eine Zusammenstellung der wichtigsten Kritikpunkte an den Polizeieinsätzen erarbeitet (siehe Beilage).

Die Kritik bewegt sich dabei auf verschiedenen Ebenen. Neben zahlreichen Missständen in den Festgenommenen-Sammelstellen und gewaltsamen Übergriffen bei den Festnahmen verurteilt augenauf Bern generell das Vorgehen der Polizei an den beiden Demonstrationstagen. Insgesamt wurden über 250 Personen vorübergehend festgenommen, ohne dass es zu irgendeinem Zeitpunkt zu gewalttätigen Ausschreitungen gekommen wäre. Die Festnahmen erfolgten meist ohne Angabe eines Grundes und erscheinen völlig willkürlich. Die betroffenen Personen wurden bei ihrer Durchsuchung und Festhaltung einem erniedrigenden und menschenverachtenden Prozedere unterworfen, ohne dass bei den meisten auch nur der Verdacht auf eine Strafhandlung gerechtfertigt war. Insgesamt wurde bei den Festnahmen und der darauf folgenden Behandlung die Unschuldsvermutung faktisch ausser Kraft gesetzt.

Zur Berichterstattung von Regierungstatthalterin Regula Mader

Gestern präsentierte die Regierungstatthalterin Regula Mader ihre Berichterstattung zu den Anti-WEF-Demonstrationen vom 19. und 26. Januar in Bern zusammen mit dem Kommandanten der Kantonspolizei Bern (Police Bern), Dr. Stefan Blättler. Die Berichterstattung spricht verschiedene Punkte an, die auch von augenauf Bern bemängelt werden. Die folgenden kritischen Anmerkungen erscheinen uns jedoch zentral:

Frau Mader wurde angefragt, die Tätigkeit der Kantonspolizei Bern in den zwei Festgenommenen-Sammelstellen (FS) am Waisenhausplatz und an der Laubeggstrasse zu beobachten. Das Ausmass, die Verhältnismässigkeit und die konkrete Praxis der Festnahmen sowie allfällige Übergriffe in der Stadt waren somit nicht Gegenstand ihrer Beobachtung. Ein wesentlicher Bestandteil der Kritik von augenauf Bern bezieht sich jedoch genau auf diese Aspekte des Polizeieinsatzes.

Durch die verhältnismässig kurze Anwesenheit von Frau Mader in den einzelnen FS konnte keine umfassende Beobachtung der Bedingungen gewährleistet werden, was Frau Mader auch in ihrer Berichterstattung festhält. Nach eigenen Angaben hielt sich Frau Mader mit Unterbrüchen zwar über mehrere Stunden in der FS Waisenhausplatz auf, davon jedoch lediglich ca. 10 Minuten in der Reichweite der Aussenzellen. Wie aus der beiliegenden Dokumentation hervorgeht, wurden die Bedingungen in der FS Waisenhausplatz offenbar während der Anwesenheit von Frau Mader gezielt verbessert. So berichteten verschiedene Betroffene übereinstimmend, dass unmittelbar vor der Ankunft von Frau Mader Wasserflaschen in die Zellen gestellt und plötzlich Toilettengänge gewährt wurden. Nachdem sie den Bereich der Aussenzellen wieder verlassen hatte, wurde nach Angaben der Betroffenen kein Wasser mehr abgegeben und Toilettengänge nur bedingt oder gar nicht mehr erlaubt.

Frau Mader hält fest, dass sie keine verbalen oder körperlichen Übergriffe feststellen konnte. Wenn Personen jedoch bis zu 10 Stunden festgehalten werden ist es nicht weiter erstaunlich, dass Übergriffe nicht während der zehnminütigen Anwesenheit einer externen Beobachterin stattfinden. Augenauf Bern gegenüber haben Betroffene verschiedentlich von Beschimpfungen und verbalen Erniedrigungen durch anwesende PolizistInnen berichtet.

Die Darstellungen von Frau Mader und insbesondere die Stellungnahme vom Kommandanten der Kantonspolizei Bern, Dr. Stefan Blättler, können leicht den Eindruck hinterlassen, dass die aufgeführten Missstände lediglich auf logistischen Problemen, hervorgerufen durch die Fusion zu Police Bern, beruht haben. Damit lässt sich allenfalls die unverhältnismässig lange Festhaltungsdauer von bis zu 10 Stunden begründen. Massnahmen wie die Verweigerung von Wasser, Nahrung und Toilettengängen jedoch, sowie die Tatsache, dass sich nicht „einige“ wie Frau Mader es erwähnte, sondern eine Vielzahl der Personen bei der Durchsuchung ohne ersichtlichen Grund ganz oder teilweise entkleiden mussten und systematisch fotografiert wurden, haben in keiner Art und Weise mit logistischen Problemen zu tun. Viel mehr scheinen sie der Erniedrigung und Registrierung der betroffenen Personen zu dienen.

Frau Mader hält in ihrer Berichterstattung im Hinblick auf den 26. Januar fest, dass die nach dem 19. Januar geäusserte Kritik ernst genommen wurde und die Bedingungen in der FS verbessert wurden. Dies mag auf die Festhaltungsdauer und die Unterbringungsverhältnisse teilweise zutreffen. Jedoch mussten sich die festgehaltenen Personen auch am 26. Januar ohne ersichtlichen Grund ganz oder teilweise entkleiden und wurden fotografiert. Nur weil die Bedingungen am 26. Januar nicht mehr so prekär waren wie eine Woche zuvor bedeutet dies nicht, dass sie auch recht- und verhältnismässig waren. Verbesserte Haftbedingungen wie von Frau Mader gefordert, sind keine Carte Blanche dafür, dass künftig noch mehr Festnahmen erlaubt sind.

Weiteres Vorgehen

Augen auf Bern wird in den kommenden Tagen in dieser Angelegenheit einen Antrag auf Untersuchung bei der Budget- und Aufsichtskommission (BAK) des Stadtrates sowie bei der Geschäftsprüfungskommission (GPK) des Grossrates einreichen. Zudem wird Augen auf Bern einen Antrag auf Untersuchung bei Gemeinderat Stephan Hügli (Direktor für Sicherheit, Umwelt und Energie) und Regierungsrat Hans-Jürg Käser (Polizei- und Militärdirektor) deponieren. Eine Person wird sich als Privatkläger in einem bereits eröffneten Verfahren konstituieren; weitere Betroffene erwägen ebenfalls, Anzeige zu erstatten.

Für weitere Fragen stehen wir Ihnen gerne zur Verfügung.

Kontakt: Philipp Meyer, 077 456 53 59, bern@augen auf.ch